



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/252

28. Oktober 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Des Kanzlers Flüchtlingsstrategie	S.1
Arbeitsfrieden in Finnland - Bericht aus Helsinki -	S.3
Deutsche Truppen ohne Verfassungsänderung	S.4
Churchill, Dänemark und Venezuela	S.5

Des Kanzlers Flüchtlings-Strategie

-dt. Ein Jahr Bonner Regime hat den Ostvertriebenen den Beweis gebracht, dass sie von der grössten Regierungspartei, der CDU, nicht viel zu erwarten haben; auf die beiden anderen Parteien - FDP und DP - hatten sie ohnedies keine grossen Hoffnungen gesetzt. Wohl oder übel hat sich die CDU damit abgefunden, dass in Zukunft die Flüchtlinge auf christlich-demokratische Lösungen weitaus schwächer reagieren werden als bisher. Die CDU kann aber nicht auf die in diesen Stimmen ruhende politische Potenz verzichten. Darum lässt man nun die Vertriebenen in ein anderes, ein eigenes Lager abziehen und bemüht sich nicht mehr um die Massen, sondern um die Führung des neuen Lagers. Sichtbar wird dies besonders in Schleswig-Holstein, wo es Dr. Adenauer gelungen ist, den BHE-Führer Kraft in das Bonner Joch zu spannen. Dass die "Geführten", die, die einst Kraft wählten, davon nicht sehr erbaut sind, schert Adenauer und Kraft wenig; das Mandat gilt zunächst vier Jahre und diese vier Jahre müssen die "Geführten" mitgehen.

In Niedersachsen drohte eine für Adenauer ungünstige Entwicklung. Hier hat der ehemalige CDU-Politiker Gereke während der vergangenen vier Monate energisch am Aufbau des BHE mitgeholfen und er hat sich in zäher Kleinarbeit in eine Position gebracht, die ihm die Führung im niedersächsischen BHE zu sichern schien, sofern die Entwicklung in demokratischen Bahnen verlaufen wäre. Der BHE Niedersachsen wird zur Zeit von einem zwölfgliedrigen Direktorium geführt, das sich bei der Gründung ohne Kenntnis des Willens der Mitglieder selbst ernannte, also praktisch ohne de-

demokratische Legitimation antizipierte, sich aber vornahm, nach Abschluss der organisatorischen Arbeiten das demokratische Siegel der Mitglieder nachträglich in einer Landes-Delegiertenversammlung am 12. November einzuholen.

Den voraussichtlichen Sieg Dr. Gerekes in dieser Versammlung galt es zu verhindern, denn mit einem Gereke an der Spitze des niedersächsischen BHE hätte die Flüchtlingsstrategie des Bundeskanzlers eine empfindliche Lücke erhalten. Niedersachsen hat nächst Bayern die meisten Ostvertriebenen, es ist also nicht unwichtig für Bonn, wie hier die Flüchtlinge geführt werden. Eine von Waldemar Kraft, keineswegs von der gesamten niedersächsischen Mitgliedschaft, legitimierte Abordnung forderte Dr. Gereke auf, aus dem BHE auszutreten, weil er "auf der Bundesebene nicht tragbar" sei. Ein Gerücht besagt, dass Kraft für diese Schützenhilfe von Dr. Adenauer der Posten des Bundesflüchtlingsministers versprochen worden sei. Dr. Gereke hat sich aber nicht aus dem Direktorium drängen lassen. Es dürfte wohl zu der Konferenz vom 12. November kommen, vermutlich aber wird sie mit einer Spaltung des niedersächsischen BHE enden. Das wäre zwar nur ein halber Sieg Adenauers, aber der Bedrohung durch Gereke wäre immerhin die schärfste Spitze genommen.

Die Taktik divide et impera lässt sich auch bei den BHE-Gruppierungen in den anderen Ländern beobachten. So ist in Hamburg der BHE in eine "linke" und eine "rechte" Hälfte zerfallen, in Nordrhein-Westfalen besteht der BHE ebenfalls aus einer in Köln beheimateten "rechten" und einer in Detmold siedelnden "linken" Gruppe. In Bayern gar gibt es vier BHE-Gruppen; es wäre ein Wunder, wenn es Adenauer nicht gelänge, daraus Kapital zu schlagen. In Hessen hatte man es nicht notwendig, zu teilen, um herrschen zu können; hier hat sich der BHE durch ein Wahlbündnis mit der FDP mit Haut und Haaren der Bonner Politik verschrieben.

Die Folgen dieser nicht ungeschickten Politik werden die Ostvertriebenen zu spüren bekommen. Sie, die dem Bonner Regime enttäuscht den Rücken kehren wollten, werden, ohne dass sie merken, worum es geht, wieder zu Stützen der Besitzbürger-Politik, die ihnen bisher mit der linken Hand vorenthielt, was sie ihnen mit der rechten Hand versprochen hat. Es scheint, als ob die bitteren Erfahrungen eines Jahres doch nicht ausreichten, um das politische Urteil zu schärfen.

Arbeitsfrieden in Finnland

RM Helsinki, Ende Oktober

Ohne eiserner Gewerkschaftsdisziplin ist ein Generalstreik ein zweischneidiges Schwert. Er kann wegen mangelnder Solidarität scheitern; er kann aber auch infolge Zügellosigkeit in ein politisches Chaos führen. Dieser Gedankengang dürfte eine wesentliche Rolle gespielt haben, als sich die sozialdemokratische Mehrheit des finnischen Gewerkschaftsbundes zu einem Kompromiss in der Lohnfrage bereit erklärte und auf den Generalstreik - zum zweiten Male innerhalb dieses Jahres - verzichtete.

Die mangelnde Gewerkschaftsdisziplin in Finnland bestand weniger bei den einzelnen Arbeitern, als vielmehr bei jenen Gewerkschaftsorganisationen, die vorwiegend unter kommunistischem Einfluss stehen. Die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, hatten die Streikforderungen ins Maßlose gesteigert und seit Monaten die sozialdemokratischen Gewerkschaftler als Agenten des amerikanischen Imperialismus denunziert. Wurden die ursprünglichen Gewerkschaftsforderungen in weiten Kreisen der Bevölkerung als begreiflich und vertretbar empfunden, so diskreditierten die kommunistischen Übertreibungen sehr bald die ganze Streikbewegung.

Das Ergebnis der zähen Lohnverhandlungen ist ein Kompromiss. Die gesamte Bürgerpresse Finnlands atmet - befreit von der Generalstreikdrohung - erleichtert auf, hält aber die Verhandlungserfolge der Gewerkschaften für derart weitgehend, dass sie eine Überbelastung der Wirtschaft befürchtet. Die Kommunisten bezeichnen das Ergebnis als sozialdemokratischen Verrat und kündigen eine Fortführung der Streiks an. Die Sozialdemokraten selber vertreten die Ansicht, dass unter den gegebenen Umständen - mit einer von der Regierung unterstützten Unternehmerschaft als hartnäckigem Gegner auf der einen Seite und den skrupellosen kommunistischen Chaospolitikern im Rücken - das Äusserste des Erreichbaren erhandelt worden ist. Sie verlangen nun von der Regierung durchgreifende Maßnahmen, damit das Verhandlungsergebnis nicht durch weitere Preissteigerungen - so wie nach dem Fagerholm-Abkommen im Frühjahr - wiederum verfälscht wird.

Inzwischen sind die konkreten Lohnverhandlungen zwischen den einzelnen Gewerkschaften und den Unternehmergruppen rasch fortgeschritten und zum Teil bereits abgeschlossen worden. Die Kommunisten werden wohl versuchen, in jenen Wirtschaftszweigen, deren Arbeiter der kommunistischen Beeinflussung leichter zugänglich sind, wilde Streiks vom Zaune zu bre-

chen. Diese Streiks werden aber kaum mehr als lokale Bedeutung haben.

Demit wird Finnland nach dem Verlust vieler Millionen Arbeitstage und nach empfindlichen Exporteinbussen endlich in die Lage versetzt, die ungewöhnlich günstige Wirtschaftskonjunktur auszuwerten. Die Preise der wichtigsten finnischen Exportartikel, insbesondere der Waldprodukte, sind ausserordentlich angestiegen. Der Binnenmarkt ist sehr aufnahmefähig. Der Arbeitsfrieden wird trotz der vorangegangenen scharfen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Agrariern, insbesondere deren Ministerpräsidenten Dr. Kekkonen, vielleicht doch zu der von allen besonnenen Politikern des Landes angestrebten politischen Annäherung dieser beiden grössten Parteien des Landes führen.

Deutsche Truppen ohne Verfassungsänderung

sp. Verfassungsrechtler befassen sich in Bonn mit der Frage, ob die Entsendung deutscher Kontingente in eine Europa-Armee nicht doch ohne die von der sozialdemokratischen Opposition mit allem Nachdruck geforderte Verfassungsänderung durchführbar sein könnte. Nach der Erörterung aller Möglichkeiten glaubt man in Regierungskreisen einen gangbaren Weg in der entsprechenden Auslegung des Grundgesetzartikels 24 gefunden zu haben.

Absatz zwei dieses Artikels lautet: "Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern". Die Möglichkeit, deutsche militärische Einheiten ohne Grundgesetzänderung einem internationalen Oberbefehl zu unterstellen, sieht man im ersten Absatz des Artikels 24 gegeben. Hier heisst es wörtlich: "Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen". Die Schwierigkeiten, die sich aus dem Ruhen der Hoheitsrechte ergeben würden, glaubt man dadurch umgehen zu können, dass man den gegenwärtigen Trägern dieser Hoheitsrechte, den durch die Hohen Kommissare vertretenen Alliierten, deren entsprechende Ausübung zubilligt.

Von sozialdemokratischer Seite kündigt man den schärfsten Widerstand gegen derartige Pläne an.

Churchill, Dänemark und Venezuela

Churchill war kürzlich in Kopenhagen. Wie er gefeiert wurde, ging durch die Weltpresse. Jetzt erst legte die dänische Polizei die Karten auf den Tisch und man erfährt auch, wie er bewacht wurde - so sehr, dass ein ernsthafter "kalter Krieg" zwischen Dänemark und Venezuela daraus entstanden ist.

Lange vor Churchills Ankunft, so verrät jetzt die dänische Polizei, wurde alle einreisenden Ausländer von der dänischen Polizei "beschattet". Polizisten mit Polizeihunden untersuchten überall die Strassen und Höfe, durch die Churchill kommen musste und wo er wohnen sollte. Der Park des Schlosses Fredensborg, wo sein Hauptsitz war, wurde von dänischer und englischer mit Maschinengewehren bewaffneter Polizei ständig abpatrouilliert, in das Publikum, vor dem er einen Vortrag in der grössten Halle Kopenhagens hielt, waren 150 Geheimpolizisten eingestreut, unter den Gästen bei dem Empfang, den ihm König und Stadt gaben, befanden sich ständig mindestens 50 Geheimpolizisten.

Abgefangen wurde ein Pressefotograf, der sich trotz aller Wächter in dem Park von Fredensborg verborgen hatte, und zwei Offiziere aus Venezuela, die Waffen für die venezolanische Armee einkaufen wollten. Da sie bronzen und schwarzhaarig waren, wie nun einmal die Venezolaner sind und nach der Maschinengewehrfabrik fragten, wurden sie von den vorsichtigen Dänen eingesperrt, bis das venezolanische Konsulat einen donnernden Protest losliess. Zwar wurden sie dann freigegeben, aber nach Maschinengewehren in Dänemark zu fragen, hatten sie bereut. Sie fuhren schleunigst nach Schweden, um bei der bekannten Waffenfabrik Bofors und Husquarna einzukaufen. Aber Venezuela hat eine Protestnote nach Kopenhagen geschickt und fordert Genugtuung und eine offizielle Entschuldigung vom dänischen Aussenministerium.

- - - - -